

FALSCHER KRITIK

*Wenn Patriot*innen die AfD kritisieren*

ZUR RECHTEN ZEIT

KRITIK IM HANDGEMENGE
organisiert bei



Umsonst & zum Mitnehmen

Inhalt

Falsche Kritik zur rechten Zeit	3
»Die AfD zerstört die nationale Identität, sie spaltet uns.«	4
»Die Angst muss man auch verstehen, aber Fremdes ist manchmal auch sehr gut für Deutschland.«	7
Die AfD sagt: »Im Volk mangelt es an Werten.« Die bürgerliche Antwort: »Der AfD mangelt es an Werten.«	14
»Die rechte Alternative bringt den Staat in die Krise.«	23
Ein Fazit: Demokrat*innen können Faschist*innen nicht kritisieren	25
Das Bemühen der Volksparteien um die Einheit mit dem Volk	26
Kompliziertere »Lösungen«!	27
»Die Leute wählen die AfD nur aus Protest!«	28
»Wir haben mit den Menschen falsch kommuniziert«	28
»Wir haben den Menschen zu wenig zugehört«	29
»Wir haben verstanden!«	29

Diese Broschüre wurde überwiegend im Jahr 2019 geschrieben - also vor der Corona-Pandemie. Deshalb ist Corona hier auch nicht Thema. Muss es auch nicht sein, denn die Darstellungen und Analysen zum Krisenprogramm der AfD und die Reaktionen der demokratischen Öffentlichkeit darauf sind prinzipiell gemeint, und wir halten sie mit und ohne Corona für richtig und wichtig. Es kann sehr gut sein, dass es auf unserer Homepage in naher oder ferner Zukunft sowohl Texte zur Entwicklung des rechten Standpunktes entlang der Corona-Pandemie, als auch zur Fortführung mangelhafter Kritik an dem rechten Standpunkt gibt.

KONTAKT
info@gegen-kapital-und-nation.org
http://gegner.in

Falsche Kritik zur rechten Zeit

Der Aufstieg der AfD hat gründlich in die Parteienslandschaft eingeschlagen. Die etablierten Parteien, bürgerliche Öffentlichkeit sowie bürgerliche und linke Zivilgesellschaft haben den Aufstieg der AfD und den Rechtsruck in der Bevölkerung als entschiedenen Angriff auf die aktuelle Raison von Staat und Gesellschaft wahrgenommen. Die Art und Weise, wie der AfD und dem geistigen Ruck nach Rechts begegnet wird, ist allerdings mangelhaft. Die Kritik geht an der AfD vorbei und in manchen Fällen befeuert sie den Standpunkt der AfD sogar.

Die folgende Kritik ist nicht als grundloses Schlechtreden von Leuten gedacht, die sich doch immerhin öffentlich gegen die AfD äußern und deren Aufstieg nicht einfach zusehen wollen. Wir meinen: Damit Rechte (ob nun organisierte Rechte oder geistige Sympathisant*innen) von Rechts abrücken, vor allem aber nicht noch mehr Leute nach rechts abwandern, brauchen sie Gründe – man muss ihnen sagen, was an ihren Überzeugungen und politischen Schlussfolgerungen verkehrt ist. Dafür muss die Kritik aber auch treffen. Deswegen liegt es durchaus im Interesse derjenigen, die sich an der AfD oder der nationalistischen Stimmung im Land stören, sich über die richtige Kritik an der AfD zu verständigen.

In diesem Text diskutieren wir, wie diverse Akteure in Deutschland den Kampf gegen die AfD aufnehmen. Dafür ist es wichtig den Standpunkt der AfD theoretisch einzunehmen und darzustellen, um zu fragen, ob eine Reaktion darauf adäquat oder fruchtlos ist. Wir stellen also die Perspektive der AfD auf die Welt so dar, wie sich diese Partei die Welt eben so denkt. Daher wird in diesem Text häufig vom »fremdenfeindlichen« oder »ausländerfeindlichen« Standpunkt der AfD gesprochen. Warum wir das machen, ergibt sich aus der Erklärung des rechten Standpunktes im Text »Von Schland nach Gauland«, insbesondere im Abschnitt »Fremdenfeindlichkeit«. Dass wir

die Prädikate »fremd« und »eigen«, die Gruppeneinteilung »die Anderen« und »Wir« in Bezug auf die Gesellschaft generell kritisieren, haben wir dadurch kenntlich gemacht, dass sie in einfachen Führungszeichen gesetzt sind, womit wir eine Distanz ausdrücken wollen. Insofern geht es uns bei der Verwendung dieser Begriffe (fremdenfeindlich usw.) mitnichten darum zu sagen, es gäbe ein »Wir« und »die Fremden«, die nicht dazugehörten. Dass die AfD eine knallhart rassistische Partei ist, liegt auf der Hand.

Die verschiedenen Einwände, die gegen die AfD und andere Rechte erhoben werden, finden sich im folgenden Text entlang verschiedener Punkte geordnet, die der rechte Standpunkt aufmacht. Denn die Einwände sind ja jeweils eine Replik auf das, was Rechte in die Welt setzen.

Was wir für treffende Einwände gegen rechte Standpunkte halten, um diesen die Grundlage zu entziehen, deuten wir hier nur an – im Text »Von Schland nach Gauland« sind sie im Detail ausgeführt.



»Die AfD zerstört die nationale Identität, sie spaltet uns.«

Die AfD steht innerhalb der Parteienlandschaft nicht für eine alternative Ausführung einer im Prinzip feststehenden Staatsraison. Für sie gibt es im Unterschied zu den »Systemparteien«, wie sie Grüne bis CSU nennen, kein »Weiter so«. Schließlich schade gerade das dem »deutschen Volk« und seinem Staat. Die AfD stellt der deutschen Gesellschaft eine umfassende Krisendiagnose aus. Diese Krise hat für die Partei ihren Kern in einem Zerfall der deutschen Identität. Dafür macht die AfD die etablierte Politik, die mediale Öffentlichkeit und

Teile der Zivilgesellschaft verantwortlich. Die nationale Identität, der Vorrang des Deutschen gegenüber Nichtdeutschem, die Exklusivität des deutschen Staates für sein Volk, die Souveränität des deutschen Staates nach Innen und Außen – die AfD sieht zerstörerische Bestrebungen gegen all das am Werk.

Diesen Vorwurf – der des Verrates an der Allgemeinheit – lassen die Verantwortlichen nicht auf sich sitzen; schließlich geht auch ihnen nichts über die deutsche Nation.

»Einheit statt Hetze«

Die AfD findet zum Teil drastische Worte gegen diejenigen, die sie für den diagnostizierten Krisenzustand der Nation verantwortlich macht. Das sind in ihren Augen »Volksverräter«, die v. a. auf ihre Diäten schauen; das ist für sie eine »Kanzlerdiktatorin«, die ihrem Volk zumutet, »Fremde« als dasselbe wie sich selbst zu betrachten; oder das ist eine »Lügenpresse«, die dazu ihr Amen gibt und die ganze Moral im Land verwässert und von deutschen Werten abbringt. Derartiges Gebaren bringt der AfD den Vorwurf ein, lediglich »Hass und Hetze« zu verbreiten.

Wer sich aber nur am hetzenden Charakter von rechten Reden aufhält, sollte sich vergegenwärtigen, dass das durchaus die passende Form zum Inhalt der Feindschaftserklärung darstellt, die Rechte aus ihrer Krisendiagnose ziehen. Mit mehr Freundlichkeit im Ton wäre die Feindschaftserklärung nicht weniger grundsätzlich.

Der AfD wird aber vor allem vorgeworfen, mit ihrem »Hass« spalterische Absichten zu verfolgen: Sie wolle die Bevölkerung von ihren Regierenden fort- und untereinander in feindliche Lager treiben. Das dürfe man nicht zulassen. Stattdessen sei Einheit gegen Rechts zu demonstrieren. So wird der von der AfD erhobene Vorwurf – die Regierenden würden mit ihrer Flüchtlings- und Europapolitik die Volkseinheit zerstören – sehr grundsätzlich zurückgegeben: Die eigentlichen Spalter kommen von Rechts. Wer so verfährt, hält den Maßstab der nationalen Einheit als schützenswertes Objekt von nationaler Sorge hoch und bestätigt den Standpunkt der AfD prinzipiell mit den eigenen Einwänden. Darin steckt die Aufforderung, von all den Gegensätzen, die es in dieser Gesellschaft gibt, von arm und reich, oben und unten oder zwischen den Menschen als Konkurrenzteilnehmer*innen (um Jobs, Wohnungen u.v.m.) abzusehen. Wo die AfD der herrschenden Politik vorwirft, die nationale Identität zu zerstören, wird als Replik die nationale Einheit hochgehalten – nur eben gegen Rechts.

»Selber Volksverräter!«

Ein Beispiel für den Vorwurf an die AfD, die Nation zu spalten, ist Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) Bundestagsrede vom 22. Februar 2018.¹ In dieser viel zitierten Rede reagiert er auf die von Rechts attestierte Krisenlage. Zunächst stellt er klar, dass Deutschland für eine durch und durch gute Ordnung stünde – mit seiner Freiheit, seiner Erinnerungskultur, seiner Vielfalt bis hin zu »unsere[r] großartige[n] Nationalmannschaft«. Gegen all das Gute richte sich die AfD und hat damit das Recht verspielt, über die nationale Identität mitzubestimmen:

»Sie wollen bestimmen, wer deutsch ist und wer nicht. Wie kann jemand, der Deutschland, der unsere gemeinsame Heimat so verachtet, wie Sie es tun, bestimmen, wer Deutscher ist und wer nicht Deutscher ist?«²

Während die Rechten den etablierten Politiker*innen vorwerfen, das Recht zu brechen, indem sie lauter »fremde Leute« reinlassen und das Volk so kaputt zu machen, sagt Özdemir: Ihr habt nicht das Recht zu bestimmen, wer Deutscher ist und wer nicht. Soweit stimmt es ja auch noch, denn dieses Recht hat nur der Gesetzgeber, und da spielt die AfD derzeit keine Rolle. Das meint Özdemir allerdings nicht. Er teilt im Grunde mit: Bevor jemand überhaupt Kritik am heutigen Deutschland übt, ist ein kräftiges Bekenntnis zu diesem Deutschland fällig. Anders gesagt: Kritik hat konstruktiv zu sein, oder sie hat im liberalen Deutschland keinen Platz. Wer Deutschland verachtet, verwirkt eben sein Recht, etwas an den deutschen Zuständen zu verändern. Darin unterscheidet sich Özdemir letztlich nicht von der AfD. Diese hatte auch schonmal Claudia Roth ideell aus dem deutschen Volk exkommuniziert, weil sie und ein Plakat mit der Aufschrift »Deutschland ist scheiße« in ein und demselben Bild zu sehen sind.

Weiterhin wirft Özdemir der AfD vor, das liberale Deutschland autoritär umgestalten, also letztlich eine Diktatur durchsetzen zu wollen. Damit stünde sie auf der gleichen Ebene wie die von feindlichen »Autokraten« regierten »Regime« in Russland und der Türkei; genau genommen sei sie im Geiste sogar für Russland und auch ein »Ableger« der AKP.

»Wenn Sie ehrlich sind, drücken Sie doch den Russen die Daumen, nicht unserer Nationalmannschaft.«³

Özdemir wirft der AfD vor, die ganze gute, weil so freiheitliche Ordnung Deutschlands zerstören zu wollen und damit der eigentliche Feind des deutschen Volkes zu sein. Den rechten Vorwurf

des Vaterlandsverrats ›kritisiert‹ er also, indem er ihn an die AfD zurückgibt. Deutschland verraten – offensichtlich nicht nur für Rechte total daneben. Jürgen Trittin führt das am Thema »Energiesouveränität« konsequent fort:

»(...) eine solche Partei handelt nicht im deutschen Interesse. Das sind keine Patrioten, das sind vaterlandslose Gesellen.«⁴ Dass die politische Ausrichtung ›unseres‹ Deutschlands gerade schwer umkämpft ist, verwandeln die grünen Politiker in die Frage, wer hier eigentlich gerade für und wer gegen Deutschland ist.

Abhandeln tut Özdemir den staatsraisonmäßigen Gegensatz zwischen sich als grünem Berufsnationalisten und den alternativen Nationalist*innen der AfD auf der Ebene der Werte, die das Land repräsentiere, also gleich unter der Fragestellung, wie man sich bitteschön mit den deutschen Zuständen zu identifizieren hat.

Damit leisten die Grünen und alle, die ähnlich argumentieren, zweierlei: Erstens pflegen sie den demokratisch-nationalen Gedankensumpf, auf dem der rechte Standpunkt so gut gedeiht. Zweitens – soweit es ihnen damit tatsächlich gelingen sollte, Nationalist*innen zu grünen Wähler*innen zu machen, was scheinbar im Juni 2019 ganz gut gelingt – schaffen sie es, die Menschen auf ihr deutsches Herrschaftsprogramm zu verpflichten: Mit mehr Selbstbewusstsein gegen die USA, Russland und China vorgehen, internationale Regeln erhalten, die dem deutschen Kapital nützen sollen und eine klimafreundliche Energiepolitik, mit der man unabhängig vom Ausland wird und damit zugleich den Weltmarkt erobern kann. Der grüne Nationalist versucht eben auf seine Weise eine nationale Einheit im Volk herzustellen, dessen freie Gefolgschaft dann für den machtvollen Einsatz des Staates nach außen unverzichtbar ist.

Freilich gibt es Politiker*innen, die die Spaltung der Gesellschaft anders bekämpfen wollen. Man müsse die Wähler*innen der AfD auch verstehen und alle wieder zusammenkriegen. Das soll am folgenden Punkt diskutiert werden.

Auch wenn einem die liberalen Werte der Grünen sympathischer erscheinen mögen, sollte man sich überlegen, ob die eigentlich einen guten Grund abgeben, sich hinter eine Außenpolitik zu stellen, die von Weltmarkteroberung über Flüchtlingsabwehr bis zur Beanspruchung von europäischen Ostgebieten als un- bis antirussische Einflussphären einiges im (grünen) Programm hat.

»Die Angst muss man auch verstehen, aber Fremdes ist manchmal auch sehr gut für Deutschland.«

Die AfD ist prinzipiell fremdenfeindlich. Sie begründet Maßnahmen zur Ausgrenzung und Unterordnung von ›Fremden‹, indem sie deren Schädlichkeit vielfarbig ausmalt. Die deutsche Öffentlichkeit vernimmt das laut und deutlich, und sie unternimmt allerlei Anstrengungen, um diejenigen Volksteile, die sich in ihrer fremdenfeindlichen Gesinnung durch die AfD sehr angesprochen fühlen, freiheitlich-demokratisch zu reintegrieren. Auffällig ist: Bürgerliche Öffentlichkeit und Politik kritisieren dabei weder die Fremdenfeindlichkeit noch die Liebe zur deutschen Volksgemeinschaft grundsätzlich. Dabei ist es ja so: Der Staat setzt die Scheidung von Menschen in In- und Ausländer und die per Staatsbürgerschaftsrecht verfügte Beanspruchung von Leuten als Volk in die Welt. Dieses Verhältnis ist die Grundlage für die rechte Verdrehung, ein »seit Menschengedenken« existierendes Volk schaffe sich seinen Staat, und es gäbe dann lauter einander entgegen gesetzte Völker. Auf diese Idealisierung des per Staatsakt geborenen Volks zur vorstaatlichen Gemeinschaft, die sich durch ihre spezielle Art, Kultur und Werte auszeichne, will aber auch keiner der etablierten politischen Standpunkte verzichten. Auf der Ebene der Idealisierung, wo Menschen immerzu als zweibeiniges Exemplar der

Staatsgewalten betrachtet werden, wird versucht, die Parteigänger*innen der AfD für die deutsche Demokratie zurückzugewinnen. Dabei gibt es in der deutschen Öffentlichkeit differenzierte Versuche, die sich teils auch widersprechen, aber im Gesamtbild eine Arbeitsteilung abgeben:

- »Man muss die Angst vor den Fremden auch verstehen.«
- »Fremde sind auch wirklich ein Problem.«
- »Aber insgesamt nützen Fremde Deutschland mehr als sie schaden, zumindest bestimmte Fremde.«
- »Und daher müssen Vorurteile abgebaut werden.«
- »Denn sonst bleiben die Fremden immer fremd in Deutschland, statt richtig deutsch zu werden.«
- »Und letztlich ist doch das Fremde auch eine Bereicherung für Deutschland.«

»Angst und Überforderung muss man auch verstehen«

Viele von der CDU und noch mehr von ihrer Schwesterpartei, die rechts von sich keine Partei dulden wollen – was nichts anderes ist, als noch jeden Fascho als ihre Wählerschaft zu beanspruchen – haben in erster Linie Verständnis für die im Land grassierende Fremdenfeindlichkeit: Die Menschen seien einfach »überfordert von so vielen Fremden«. Ausgeschmückt wird das Verständnis in diesem Zusammenhang einerseits gern mit der bis ins linke Lager hinein beliebten Theorie, dass sich Fremdenfeindlichkeit aus einer Xenophobie, also einer angstvollen Abwehr(reaktion) von Unbekanntem erkläre. Dass die bloße Anwesenheit von (vermeintlich) Nicht-Deutschen Deutsche in psychologisch schwer aushaltbare Zustände versetzen soll, ist offensichtlich Humbug. Es ist doch so: Ohne die Identifizierung von »fremd« mit »schädlich« gibt es keinen Grund für Angstgefühle; ohne den starken Verdacht oder gar die Sicherheit, dass »Fremde« per se unanständig oder gefährlich sind, stellt sich auch beim Anblick eines Bartes kein mulmiges Gefühl ein. Mit dem o.g. psychologischen Verständnis der Angst vor »Fremden« wird der Rassismus der Leute, der auf der Trennung in In- und Ausländer und der Skepsis gegenüber letzteren beruht, entpolitisiert.

Tatsächlich ist den bürgerlichen Politiker*innen selber die Skepsis gegenüber Ausländer*innen und deren »zweifelhafte Loyalität« nur zu bekannt. Sie selber haben über 255 verschiedene Aufenthaltstitel und Ausweisungsgründe für Nicht-Deutsche in ihren Gesetzbüchern stehen. Sie verfolgen aus ihren politischen Gründen eine Flüchtlingspolitik, die auf Kontrolle über »Flüchtlingsströme« und deren Reduzierung, auf Verringerung von Anerkennungsquoten – also effektivere Abschiebung zielt. Und die Flüchtlinge, die anerkannt sind, aber auch die Kinder von Gastarbeiter*innen, sollen mittels Integration in rechtlicher und sittlicher Hinsicht das »Fremde« an sich abstreifen. Das alles stellen die Politiker*innen als ein Zur-Einsicht-Gelangtsein angesichts bockiger Volksteile dar. Neben der Entledigung von aus nationaler Warte ökonomisch wie politisch für unnütz befundener Menschen, nehmen sie so auch gleich einer rechten Kritik den Wind aus den Segeln: Man erfüllt die Forderungen von Rechten nach konsequenter Ausgrenzung

einfach selbst. Dass die Menschen dann weniger AfD und mehr CDU/CSU wählen ist freilich eine gewagte Spekulation, wird der AfD und ihren Forderungen doch letztlich ordentlich Recht gegeben! Nebenbei: In Sachen Grausamkeiten gegenüber Geflüchteten unterscheidet sich eine derartige Politik von der der AfD tatsächlich nur graduell. Ein Daumendrücken für Seehofer und Co. ist also auf jeden Fall fehl am Platze.

Die Theorie der Xenophobie wird auch gern bemüht, um den Rechtsruck als vorrangig ostdeutsches Phänomen (was allein angesichts von Wahlerfolgen der AfD in westdeutschen Bundesländern schon nicht stimmt) darzustellen: Im Osten seien die Leute einfach kaum Ausländer*innen begegnet, weswegen sie die Bekanntschaft mit ihnen jetzt nicht vertragen. Ungeachtet dessen wird gleichzeitig ins Feld geführt, dass es ja in Sachsen-Anhalt kaum Migrant*innen gäbe, insofern also eigentlich gar kein Grund für die verbreitete Fremdenfeindlichkeit bestehe. Ganz als würde die tatsächliche Anwesenheit von (vermeintlichen) Nicht-Deutschen die feindliche Stellung ihnen gegenüber ins Recht setzen; dabei setzt sie die nur voraus.

»Flüchtlinge sind ein Problem für die Armen«

Auch Linke, wie eine Zeitlang die Initiator*innen des Projekts #aufstehen, bringen viel Verständnis für die verbreitete Fremdenfeindlichkeit im deutschen Volk auf:

Sie weisen auf den Umstand hin, dass Flüchtlinge für die unteren Etagen der Gesellschaft Konkurrent*innen darstellen und somit die »Konkurrenz um Arbeitsplätze, Sozialleistungen und günstigen Wohnraum« verschärft wird.⁵ Und wenn Menschen sich deswegen Sorgen machen, sei das doch legitim.

So scheint #aufstehen eine recht realistische Einschätzung darüber zu haben, welche sozialen Lagen das »freundliche« Aufnahmeland Deutschland für Flüchtlinge und Arbeitsmigrant*innen vorgesehen hat: erbärmliche. Ebenso realistisch scheint die Einschätzung, dass sich über Migration die Konkurrenz »um Kita-Plätze, Niedriglohnjobs oder bezahlbare Wohnungen«⁶ in den unteren Etagen der Gesellschaft verschärft. #aufstehen verwandelt die soziale Frage dann auf seine Weise in eine nationale Frage: Das Projekt stellt sich gegen die Merkelsche Flüchtlings- und Arbeitsmigrationspolitik, weil die »fremden« Armen den heimischen Armen das Leben schwerer machen.

Würde man an der sozialen Frage festhalten, dann würden das absehbare Schicksal der Flüchtlinge in Deutschland sowie die sonstige soziale Not gleichermaßen gegen die soziale Marktwirtschaft sprechen; man müsste versuchen, den armen Menschen deutlich zu machen, dass die Konkurrenz sich für sie niemals auszahlt. Die Leute von #aufstehen unternehmen in diese Richtung aber nichts, sondern unterstellen einfach, dass es Armut in der Gesellschaft nun mal gibt. Das Ziel: »konkrete soziale und wirtschaftliche Verbesserungen für die ökonomisch Schwächeren.«⁷ Und dabei ist klar und akzeptiert, dass Armut weiterhin bestehen wird – nur soll sie nicht zu hart und

nicht zu massenhaft vorhanden sein. Mit diesem bescheidenen, sozialdemokratischen Ansinnen kommt man aber nicht gleich bei der nationalen Frage heraus. #aufstehen tut es aber: Sie setzen sich bevorzugt für deutsche Arme ein und verlangen mehr staatliche Ausgrenzung von »Fremden«. Dem schädlichen Fehler, sich ausgerechnet auf die eigene Staatsbürgerschaft ein Privileg einzubilden, gibt die linke Sammlungsbewegung also Recht.⁸

Damit gerät #aufstehen in Abgrenzungsprobleme zur AfD:

»Aber – und den zentralen Punkt haben wir bisher vielleicht nicht immer deutlich zu machen geschafft – es gibt eine klare Trennung zwischen den aus meiner Sicht legitimen Sorgen, die Leute wegen Konkurrenz um Arbeitsplätze, Sozialleistungen oder günstigen Wohnraum haben – und kulturalistischen, rassistischen oder vermeintlich religionskritischen Motiven.«⁹

Und das soll der einfache Mann von der Straße unterscheiden können? Es stimmt ja, dass das Programm von #aufstehen auch als Hilfe für die bereits ansässigen armen Gastarbeiter*innen und deren Nachfahren verstanden wissen will, wenn es sich gegen neue Gastarbeiter*innen ausspricht. Insofern mag es hier einen feinsinnigen Unterschied zur AfD geben. Dass aber solche Argumente gegen neue Gastarbeiter*innen auf jeden Fall so verstanden werden, dass sie gleichermaßen auch gegen die bereits Anwesenden sprechen, ist nicht weiter verwunderlich.

Der andere große Abgrenzungspunkt zur AfD soll dann der sein, dass #aufstehen für mehr Sozialstaat eintritt.

Im Grunde deutet #aufstehen (ähnlich wie Teile der SPD oder der CDU) einen Gutteil der Zustimmung der Bevölkerung zur AfD als Äußerung von sozialem Protest. Dabei legt sie den etablierten Parteien zur Last, mit »neoliberaler« Sozial-, Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik und der »Globalisierung« lauter Gründe für soziale Unzufriedenheit erst herbeiregiert zu haben.

»Seit der Agenda 2010 sind viele Menschen abgestürzt, sie arbeiten in Leiharbeit oder anderen Niedriglohnjobs, sie leben von Hartz IV oder schlechten Renten. Ein Teil von ihnen hat aus Enttäuschung und Wut AfD gewählt. Es ist nicht unsere Aufgabe, diese Wähler zu beschimpfen, sondern wir müssen uns fragen, warum es uns nicht gelungen ist, sie für die LINKE zu gewinnen.«¹⁰ Die Antwort auf die selbst gestellte Frage ist recht einfach: Die Wähler*innen, die von den herbeiregierten Verschlechterungen der sozialen Daseinsvorsorge betroffen sind, wollen nicht einfach wieder eine Verbesserung. Das bräuchte nämlich nicht die Forderung nach sozialer Schlechterstellung von Ausländer*innen und würde die ruinöse Konkurrenz am unteren Ende der Gesellschaft auch dann kritisieren, wenn die Konkurrent*innen denselben Pass haben. Die AfD-Wähler*innen nehmen die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die ihnen das Leben schwer macht, gleich als Beleg für die Volksvergessenheit der herrschenden Politik. Und das müsste man ihnen ausreden, anstatt sich als Linke vorzuwerfen, dass man solche Leute nicht einfach für sich gewinnen konnte.

Die recht verbreitete Deutung, dass es sich bei Rechten eigentlich um fehlgeleitete Sozialdemokrat*innen handeln würde, hat sich entschlossen, den nationalistischen Gehalt der rechten Unzufriedenheit nicht anzugreifen. Im Gegenteil gibt sie dem implizit immer Recht, um die Abgehängten für ihr soziales Programm (wieder) zu erreichen.

»Flüchtlinge schaden Deutschland faktisch gar nicht!«

Den mannigfachen (haltlosen) Behauptungen über die Schädlichkeit von ›Fremden‹ für die Volksgemeinschaft versuchen weltoffene Deutsche mit Hinweisen auf überall vorhandene »schwarze Schafe« oder einer Richtigstellung der faktischen Lage zu begegnen, um so das jeweilige »Vorurteil« zu entkräften. Zwar spinnt sich der fremdenfeindliche Standpunkt der Rechten zu propagandistischen Zwecken auch schon mal die Faktenlage zurecht; aber das zeigt ja gerade, wie wenig er sich von irgendwelchen Daten abhängig machen will und dass er sich wohl auch nicht einer Sichtung der Faktenlage verdankt. Die rechte Gewissheit der Schädlichkeit von Migrant*innen für die angestammte Gemeinschaft ist nicht Ergebnis einer empirischen Betrachtung der gesellschaftlichen Zustände, sondern sie geht der Betrachtung der Empirie voraus. Die Überzeugung der Rechten ist Weltanschauung: Als Angehörige einer fremden Nation passen Migrant*innen nicht zu »uns« und können nur schaden, da sie einem »anderen Herren« folgen oder »eigentlich« einer völlig anderen Gemeinschaft angehören. Deswegen ist ein Streit mit Rechten auf Ebene der Fakten nicht zu führen und nicht zu gewinnen.

Aber auch aus einem anderen Grund sind Diskussionen über die Empirie eine schlechte Strategie gegen die rechten Behauptungen: Wenn empirisch in der Art der Entwarnung gegen besonders ausländische »Neigungen« zu Kriminalität oder »Sozialschmarotzertum« argumentiert wird, dann wird dem prinzipiell gegen ›Fremde‹ polemischen Standpunkt der Rechten eine Bedingung für die Akzeptanz von Ausländer*innen entgegengestellt: Ihre Rechtschaffenheit und Nützlichkeit für Deutschland, nach dem Motto »so schlimm sind sie gar nicht, sie nutzen uns sogar«. Weitergedacht läuft das darauf hinaus, dass einfach nur geprüft wird, ob der Rassismus legitim ist: Welches Maß an Durchschnittskriminalität rechtfertigt die Betrachtung von Migrant*innen als Zerstörer der sittlichen Gemeinschaft der Deutschen? Diese Art ›Kritik‹ ist in der Regel aber nicht nur »zu kurz« gedacht, sondern ernst gemeint: Der Nutzen, den Migrant*innen für Deutschland haben, der Wille sich an geltendes Recht und herrschende Sittlichkeit zu halten, sind genau die Gründe, warum auch die meisten toleranten Bürger*innen sie als ›Fremde‹ akzeptieren. Im übrigen: Tolerant muss

man nur gegenüber Dingen sein, die einen stören, die man aber aushalten soll. Die allseits verbreitete Skepsis gegenüber Ausländer*innen, die ja allemal die Grundlage für die Ausländerfeindlichkeit ist, ist mit dem Ruf nach Toleranz überhaupt nicht kritisiert. Sie fordert nur einen anderen Umgang: Halte die störenden Ausländer*innen aus, statt ihnen feindlich zu begegnen und überlasse die Ein- und Aussortierung dem Staat.

Die prinzipielle Fremdenfeindlichkeit von Rechten mit dem Kriterium des Nutzens von Migrant*innen für Deutschland kritisieren zu wollen, läuft ins Leere, denn sie verlässt den Boden, auf dem der rechte Standpunkt gedeiht, an keiner Stelle: Der Maßstab ist der Nutzen und die Parteilichkeit für Deutschland. Die Deutschen werden als Kollektiv unterstellt und angesprochen und die ›Fremden‹ kritisch beäugt. Letztere können zwar in der Beurteilung auch mal ›positiv‹ wegkommen, in jedem Falle werden sie aber ebenfalls als quasi unhintergebares Kollektiv oder Kollektive unterstellt und als solche betrachtet.

Um ein kurzes Zwischenfazit zu ziehen: Fremdenfeindlichen Positionen wird mit oben angesprochenem Verständnis oder hier geschilderten ›Widerlegungen‹ in der Weise recht gegeben, dass ihre Voraussetzung – ›Fremde‹ stellen eine prinzipiell zu überprüfende Problemlage dar – geteilt wird. Zwar mögen Kritiker*innen des rechten Standpunktes diese Problemlage dann faktisch entkräften, aber sie geben Rechten in dem Blick recht, den anscheinend auch sie als (zunächst) angemessen erachten, wenn er sich auf Migrant*innen richtet. Die ganze Unterscheidung – die es ja durch die staatlichen Regeln zum In- und Ausländerstatus von Menschen gibt – von ‚eigen‘ und ‚fremd‘ wird auf eine Art für voll genommen, dass sie sie zur alles entscheidenden »Eigenschaft« von Leuten erklärt wird. In dieser Weltsicht wird die Konkurrenz von Staaten, die diese mit ihren Völkern veranstalten, zu einem (potentiellen) Gegensatz von Menschengruppen verschiedener Nationalitäten verfremdet. Wer so denkt, muss zwar nicht die fremdenfeindlichen Konsequenzen – Internierung, Ausweisung und Schlimmeres – der Rechten wollen, teilt aber deren falschen Ausgangspunkt. Und das ist mitnichten eine Abhilfe gegen Rassismus. Das setzt sich auch da fort, wo das ›Fremde‹ gleich mehr positiv beurteilt wird:

Beim vermeintlichen Begründen ihrer Ausländerfeindschaft stört Fremdenfeinde nicht, dass sie dabei ganz widersprüchliche Vorwürfe erheben: Ausländer*innen besetzten einerseits Arbeitsplätze, die angeblich nur für Deutsche reserviert seien; gleichzeitig kämen sie nur hier her, um sich auf den deutschen Sozialkassen auszuruhen. Migrant*innen unterwanderten außerdem auf der einen Seiten die deutsche Gesellschaft mit Nachwuchs und ihren »kulturfremden Sitten«; und auf der anderen Seite wirft man ihnen vor »Parallelgesellschaften« zu bilden, also zu sehr unter sich zu bleiben. Sie gelten einerseits als »egoistisch«, da sie ja nur kämen, um ihre materielle Lage zu verbessern (bei Inländer*innen ist das übrigens als Wahrnehmung von »Selbstverantwortung« gewünscht); und gleichzeitig sind sie dem Verdacht ausgesetzt als »fünfte Kolonne«, also Parteigänger ›ihres Staates zu fungieren. Und wenn sich Migrant*innen auch in sittlicher Hinsicht um Anpassung bemühen, wird ihnen Täuschungsabsicht zur Last gelegt. Kurz: Egal wie sich Migrant*innen tatsächlich auf deutschen Arbeits- und anderen Märkten und unter deutschem Recht bewegen oder auch nicht - sie können es Fremdenfeinden nicht recht machen. Ihre Anwesenheit ist per se ein Angriff auf die deutschen Verhältnisse, weil sie zu denen einfach nicht passen würden. Egal wie rechtstreu und bemüht sie sich zeigen, sie werden per se als unanständig und kriminell betrachtet - haben sie doch ihrem Land den Rücken zugewandt, es also an der ersten staatsbürgerlichen Pflicht zur unbedingten Treue gegenüber der eigenen Nation fehlen lassen: »My country, right or wrong!« Und diese unbedingte Parteilichkeit für das eigene Land gilt unter Demokrat*innen keineswegs als vorschnelles oder zu prinzipielles Einverständnis mit den politischen Verhältnissen, sondern als zutiefst honoriges »Verantwortungsbewusstsein«.

Bunt statt braun - ›Fremde‹ als kulturelle Bereicherung

Die Rechten verwandeln politische Fragen in kulturelle Fragen. Sie sind entsprechend ihrer Krisendiagnose über Volk und Staat prinzipiell fremdenfeindlich. Als praktische Konsequenz dieser politischen Analyse machen sie den von ihnen ausgemachten ›Fremden‹ im Alltag das Leben zur Hölle – durch Drangsalierung, demonstrative Feindschaftsansagen, Beleidigungen, tätliche Übergriffe und Anschläge. Gegen diese praktischen Konsequenzen der Rechten haben sich bürgerliche, zivilgesellschaftliche, lokale Bündnisse gegründet, die sich »Bunt statt braun« nennen. Sie propagieren Toleranz und Integration und betonen, dass sie ein Miteinander verschiedener Kulturen gut finden: *»Im Bündnis bunt statt braun engagieren wir uns für ein solidarisches Miteinander, eine starke Zivilgesellschaft und eine vielfältige Stadt. Angesichts der spürbaren Zunahme von Hass und Gewalt setzen wir uns ein für gesellschaftlichen Zusammenhalt und das friedliche, demokratische Miteinander aller Menschen in Hannover und darüber hinaus.«*¹¹

Mit dem friedlichen Miteinander meinen sie freilich nur das Verhalten der Bürger*innen untereinander. Sie haben kein Problem damit, dass Politiker*innen auf ihren Demonstrationen mit marschieren, die mit der staatlichen Gewalt Menschen in In- und Ausländer sortieren und von den Letzteren nicht wenige abschieben. Ausnahmen davon sind nur die vereinzelt Einsätze der Bündnisse für von Abschiebung bedrohte Men-

schen, die sie für schon längst integriert halten. Im zivilen Umgang der Menschen in der Stadt oder Region fordern und fördern die Bündnisse angesichts der Anfeindungen von Rechts Respekt »für das Anderssein des Anderen«.¹²

Die Politisierung von Essen, Kleidung und Religion seitens der Rechten führen sie auf ihre Art und Weise fort, wenn sie solche Banalitäten als »das gehört zu unserer Stadt jetzt dazu« einordnen. Sie fordern ein ›Wir‹, das jetzt aus ›Uns‹ und ›den Anderen‹ bestehen soll. So führen sie die Einordnung der Menschen als zweibeinige Repräsentant*innen von Staaten oder ausländischen Regionen fort und leisten damit ihren Beitrag zur Überhöhung der globalen Sortierung von Menschen in nationale Kollektive.

Würde es übrigens nur um die Beurteilung kultureller Praktiken gehen, könnte man auf übliche Unterscheidungen, wie »find ich kritikabel«, »problematisch, aber mir nicht wichtig genug«, »ist mir egal«, »schmeckt mir nicht«, »find ich interessant« und »find ich gut« kommen. Die regionale Herkunft oder Verbreitung der Praktiken wären dabei herzlich egal. Auf jeden Fall wären dabei die Ideen, dass »Einheit« oder aber »Vielfalt« wünschenswert wären, völlig fehl am Platze.¹³

»Hass ist krass, Liebe ist krasser« oder »Herz statt Hetze«

»Feindlichkeit« versus »Toleranz« oder »Offenheit«; »Gewalt« versus »friedlich« verwandelt die politische Einstellung der Rechten in lauter scheinbar unpolitische Handlungsfragen. Hier setzt der Slogan »Hass ist krass, Liebe ist krasser« noch einen drauf: Ganz allgemein sollten Menschen den Menschen einfach mehr zugeneigt sein und Nächstenliebe praktizieren. Mitten in einer Gesellschaft von Konkurrenz, Armut, Fremdenfeindlichkeit usw. soll man einfach dem Gegenüber mit Wohlwollen und Hilfsbereitschaft begegnen. Das wird allen ernstes als Antwort auf den rechten politischen Standpunkt verhandelt.

Dass die Rettung des deutschen Vaterlandes für die Rechten (nur) per Ausgrenzung und Unterordnung alles ›Fremden‹ zu haben ist, nehmen herzensgute Mitmenschen nicht als Auskunft über den Charakter nationaler Souveränität, sondern als Äußerung einer grundlosen Abneigung: Purer Hass sei da unterwegs, und das finden sie einfach krass. Statt sich die bestimmten politischen Feindseligkeiten von AfD & Co, die erschreckend sind, zu erklären und zu kritisieren, halten sie ihr Lebensideal einfach dagegen: Liebe ist krasser. Politisch ist die Aufwärmung der christlichen Nächstenliebe im Kontext des Kampfes gegen Rechts allemal. Sie ist die konsequente Fortführung des Gedankens des friedlichen Miteinanders, der bei allem Gegeneinander in der Gesellschaft selbst und bei aller Gewalt, die vom Staate ausgeht, die Leute auffordert, sich damit zu arrangieren und dann eben im Kleinen besser zu sein. Mit solchen Leuten mag ein Staat nicht vernünftig in den Krieg ziehen können, kann sich aber darauf verlassen, dass sie sonst alles mitmachen.

Die AfD sagt:
»Im Volk mangelt es an Werten.«
Die bürgerliche Antwort:
»Der AfD mangelt es an Werten.«

Die Werte einer Gesellschaft sollen fraglos gültige Prinzipien sein, nach denen man sein Leben gestaltet und nach denen man seine Loyalität ausrichten habe. Offenbar ergibt sich in der freiheitlichen Marktwirtschaft der viel umsorgte »soziale Zusammenhalt« nicht einfach aus den realen Verhältnissen, die die Leute miteinander tagtäglich eingehen. Die Tatsache, dass es die Idee ideeller Werte braucht, die die Menschen eigentlich und grundsätzlich gemeinsam haben und verbinden sollen, lässt jedenfalls darauf schließen. Wenn sich um »unsere Werte« gestritten wird, geht es letztlich um die Stabilität einer Gesellschaft voller Gegensätze und Ausschlüsse. Jede Herrschaft und leider auch die an ihrem Gelingen interessierten Gesellschaftsmitglieder haben daher ein Interesse an Wertevermittlung; schließlich geht es bei der Wertevermittlung um die Übersetzung eines herrschaftlichen Sollens in eine Frage sittlicher Verpflichtung. Damit erweist sich nebenbei auch die Rede von Werten, auf die »wir uns alle« geeinigt hätten, um fortan danach zu leben, als Märchen: Der Sache nach ergeben sich die Werte aus einem Gefolgschaftsanspruch von oben und werden auch von da in Form von angestoßenen Debatten zu »welche Werte brauchen wir« verordnet.

Für die Rechten geht Deutschland nicht nur durch die Einwanderungspolitik kaputt. Die nationale Identität braucht für sie ein Wertebewusstsein in der deutschen Bevölkerung, sonst taugt das Volk nicht für ihre Ansprüche. Dieses Wertebewusstsein wird in ihren Augen durch einen liberalen Zeitgeist in der Gesellschaft und in der Politik zerstört: Die Deutschen würden sich nicht genug mit ihrem Land identifizieren; die Frauen würden zu wenig ans Kinder kriegen denken; die Leistung der Familie, in der Kinder wie Eltern sich bedingungslos aufeinander verpflichtet fühlen, würde ausgehöhlt durch Beziehungsmodelle, die nicht mehr auf biologischer Vater- und Mutterschaft beruhen; es mangle allgemein an Leistungsbereitschaft. Im Ganzen haben die Rechten den Eindruck, dass die deutschen Bürger*innen zu wenig an die Pflicht denken und zu viel an sich. Entsprechend ihrer Krisendiagnose über das Gemeinwesen wollen sie nicht wie andere Parteien an die Berechtigung konservativer Werte erinnern. Sondern sie machen den Übergang, liberalen Bestrebungen eine Feindschaft anzukündigen: Sie agitieren für eine grundsätzliche geistig-moralische Wende.

Werte und Pflichten passen bestens zusammen, weil Werte unverrückbare Grundeinstellungen sind, die über den alltäglichen Entscheidungen stehen. Wer Werte hat, fühlt sich ihnen gegenüber grundsätzlich verpflichtet. Sie gehen nicht, wie andere Pros und Kontras, in die Abwägung einer konkreten Alltagsentscheidung ein. Sie sind etwas, das unbedingt zu respektieren ist, über das man nicht diskutieren oder verhandeln will. Sie sollen einfach Geltung haben.

Den Gegnern der Rechten in Politik und Zivilgesellschaft ist das Werteprogramm der Rechten nicht Anlass darüber nachzudenken, warum man als moderner Mensch eigentlich Werte haben sollte und ob da nicht ein Haken dran ist. Sie kontern den Vorwurf des Werteverfalls ohne jegliche politische Analyse ganz schlicht mit der Diagnose, dass die Zustimmung von Teilen der Gesellschaft zur AfD selber Ausdruck eines Werteverfalls sei.

Ein Wert für alle Kontrahent*innen der AfD: Die Stellung zum Nationalsozialismus

»Deutschland hat eine großartige Geschichte«, auf die ein Deutscher stolz sein kann und muss – so die AfD. In diesem Sinne findet die AfD es verkehrt, 12 Jahre NS-Geschichte im Vergleich zu den anderen (eingebildeten) 1000 Jahren deutscher Geschichte hervorzuheben. Und dass Deutschland alleine schuld sei am zweiten Weltkrieg, hält die AfD auch nicht für ausgemacht.

Gibt es bei den anderen Parteien für die Fremdenfeindlichkeit der AfD-Anhängerschaft auch mal Verständnis, ist dies beim Thema Nationalsozialismus anders: Die Stellung zum NS ist der Lackmustest, ob eine Partei indiskutabel oder wählbar ist.

Der Grund dafür liegt darin, dass alle etablierten Parteien selber auf ein deutsches Geschichtsbewusstsein in ihrer Bevölkerung scharf sind. Die Identifizierung mit der Geschichte des deutschen Staates ist für sie selber ein wichtiger Wert. Aus der ›historischen Not‹, die Rechtsnachfolge eines Staates antreten zu wollen, der gerade ein Massenvernichtungsprogramm umgesetzt hatte, hat die deutsche Politik nach und nach eine Tugend gemacht: Das Schuldbekenntnis, den zweiten Weltkrieg ausgelöst zu haben und das kräftige Bekenntnis, dass die Judenvernichtung ein einzigartiges Verbrechen in der Menschheitsgeschichte darstelle, war das Eintrittsticket, um als geläutertes Deutschland in der westlichen Staatengemeinschaft erneut einen Aufstieg zu planen. Der Vernichtungsfeldzug gegen die sowjetische Bevölkerung musste dagegen nicht so hervorgehoben werden, schließlich war der Antikommunismus im neuen Kalten Krieg nicht unwillkommen, sondern Programm.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Hiermit soll nicht dazu aufgerufen werden, die Befassung mit den Gründen für den Mord an den Juden sowie anderen vermeintlichen Feinden der deutschen Nation bleiben zu lassen – im Gegenteil. Das anhaltende offizielle Interesse der deutschen Politik am NS-Gedenken hat allerdings keine guten Gründe.

Mit der Zeit – und da haben die Grünen einen gewichtigen Beitrag geleistet – hat die bundesdeutsche Politik gelernt, aus der Scham eine Tugend zu machen. Wer sich schämt, der identifiziert

sich ja genauso mit Deutschland, wie ein stolzer Mensch – nur etwas umwegiger. Außenpolitisch wiederum beanspruchte Deutschland ein Weltmeister im Erinnern an die und im Lernen aus den dunklen Stunden einer Nation zu sein. Damit kann man dann gut auch anderen Nationen sagen, welche Verbrechen sie auf dem Kerbholz haben und wie sie damit umzugehen haben: Am besten, indem Deutschland gleich einen ständigen Sitz in der UNO bekommt, wofür sich CSU/CDU/FDP/SPD/Bündnis 90/Die Grünen einsetzen. Nach innen und außen lässt sich mit der Art Erinnerungspolitik sogar ein Krieg legitimieren, was die grünen Friedensfreunde 1999 gegen Jugoslawien eindrücklich bewiesen haben.

So ist der Bezug auf den NS als das zentrale schreckliche Ereignis der deutschen Geschichte in der Bundesrepublik Deutschland zur Staatsräson geworden, also ein unhintergebarer Wert. Die Beantwortung der Fragen, was genau die Gründe des zweiten Weltkrieges waren oder was die Logik der Judenvernichtung war, ist dabei herzlich egal. Hier kann jeder fast denken, was er will, und manchmal geraten dann Historiker*innen aneinander, was aber eigentlich auch nicht wichtig ist. Wichtig ist, dass alle eindeutig und unmissverständlich vor der NS-Geschichte, die eben ›ihre‹ sein soll und muss, erschrecken. Wenn man das gemacht hat, dann kann, soll und muss man auch locker anpreisen, wie toll die BRD-Geschichte war, was für tolle deutsche Geister ›wir‹ hervorgebracht haben (Goethe, Kant, Hegel) und überhaupt wie gut ›wir‹ Fußball spielen können. Das macht dann gute Deutsche aus.

Insofern ist die AfD und ihre Anhängerschaft natürlich ein Kind des Erfolges der BRD-Demokratie. Ursprünglich war das Schuldbekenntnis das Eintrittsticket Deutschlands in den Westen und die Voraussetzung, um darin seinen ökonomischen Aufstieg zu verfolgen. Je erfolgreicher das gelungen ist, desto fragwürdiger wurde auch die demonstrative Scham als Weg der Identifizierung mit der Nation. Wenn es allen letztlich doch um die positive Identifikation mit der Nation geht und wenn Deutschland so erfolgreich in der Welt ist, dann halten viele es nicht aus, dass man nur so umwegig auf Deutschland stolz sein und dem Rest der Welt so umwegig Ansagen machen soll. Wenn die genaue Erklärung des NS so egal ist, dafür dann aber allerhand anderer Sachen in der deutschen Geschichte ständig angepriesen werden, warum dann überhaupt 12 Jahre so wichtig nehmen? Die AfD hat den Verdacht oder ist sich da eigentlich schon sicher: Schon wieder soll das Deutsche klein gemacht werden.

So prallen an diesem Thema deutsche Nationalist*innen in der Frage, wie man die Identifikation der Leute mit Deutschland sicher stellen soll, voll aufeinander. Von einer wechselseitigen Kritik kann man im engeren Sinne dabei nicht sprechen: Auf der Ebene von Werten halten sich beide Seiten wechselseitig vor, Deutschland zu schaden, indem die – von allen Seiten gewünschte – Identifikation mit Deutschland auf dem falschen Wege betrieben würde.

Den NS in seiner zentralen Bedeutung für die deutsche Geschichte zu relativieren, das geht für die Kontrahent*innen der AfD gar nicht. Das Bedürfnis ihrer Anhängerschaft nach ungebrochen schönen Seiten Deutschlands können dagegen schon wieder viele verstehen. In Bayern und NRW gibt es jetzt Heimatministerien. In jeder Partei fühlen sich Politiker*innen von CSU über die Grünen bis zur Partei Die Linke herausgefordert, ihre Heimatliebe zu unterstreichen. Dem Vorwurf des Vaterlandsverrats seitens der AfD und anderer Rechter begegnet die politische Elite mit demonstrativer Vaterlandsliebe: »[I]ch glaube, dass man um den Begriff Heimat kämpfen muss. Wenn man ihn den Rechtsextremisten überlässt, wird er verhunzt.«

(Grünen-Vorsitzender Robert Habeck im Interview mit dem Standard, 21./22.09.2019)

Mit den neuen deutschen Werten gegen die alten deutschen Werte

Keine Frage: Leistungen und Opfer für die Nation bringen, dagegen hat keine deutsche Partei etwas. Und wenn die Geburtenzahlen der deutschen Staatsbürger*innen seit 2016 wieder steigen, dann freuen sich auch alle. So etwa die familienpolitische Sprecherin der Grünen Franziska Brantner: »Die Zahlen sind erfreulich, doch darf sich die Bundesregierung nicht darauf ausruhen.«¹⁴

Als deutsche Werte werden aber Leistungsbereitschaft und kinderreicher Familiensinn derzeit auf höchster Ebene nicht verhandelt. Gegen die AfD verkündet die Kanzlerin zur Neujahrsansprache 2018/2019 die aktuellen deutschen Werte:

»Dabei ringen wir um die besten Lösungen in der Sache. Immer häufiger aber auch um den Stil unseres Miteinanders, um unsere Werte: Offenheit, Toleranz und Respekt. Diese Werte haben unser Land stark gemacht. Für sie müssen wir uns gemeinsam einsetzen – auch wenn es unbequem und anstrengend ist. Da, wo wir an unsere Werte glauben und unsere Ideen mit Tatkraft umsetzen, da kann Neues und Gutes entstehen. Daraus können die Kräfte erwachsen, die wir brauchen, um Schritt für Schritt die Probleme zu lösen und so den Boden für eine friedliche, sichere Zukunft für uns und unsere Kinder zu bereiten.«¹⁵

Statt Konkurrenz-tugenden (z.B. Leistungsbereitschaft) oder politische Tugenden (z.B. Patriotismus), erklärt die Kanzlerin bestimmte Arten und Weisen sich zueinander zu verhalten zu den höchsten Werten der Republik. Und den Zusammenhang von Werten und Pflicht kennt die Kanzlerin natürlich auch:

»Deutschland ist nur so ein schönes, starkes Land, weil wir ein Grundgesetz haben, das die Würde jedes Einzelnen schützt, aber jeden auch zur Toleranz verpflichtet.«¹⁶

Weiter oben im Text ist das Toleranzgebot bereits hinsichtlich der Fremdenfeindlichkeit kritisiert worden. Es gilt aber auch gegenüber anderen gesellschaftlichen Kategorien und ihren Träger*innen: Geschlecht, Religionszugehörigkeit, sexuelle Identitäten und sexuelle Orientierungen. Da mögen sich manche an gesellschaftlichen Entwicklungen stören, sie haben sie aber bitteschön auszuhalten. Mehr noch: Im Umgang miteinander dürfen die anderen nicht herabgewürdigt werden, nur weil sie stören – Respekt ist verlangt. Was die Menschen dürfen und wo die Grenzen liegen, das entscheidet alleine der Staat. Das sollen sich alle guten Deutschen zum Lebensmotto bzw. diese

Umgangsart miteinander zum Wert machen. Das Toleranzgebot ist freilich nur da notwendig, wo Menschen massenhaft Abneigungen hegen. Von daher ist es auch kein Wunder, dass hier vor allem von Gruppen gesprochen wird, die noch vor nicht allzu langer Zeit vom deutschen Staat selber bekämpft oder zu einer besonderen Unterordnung gezwungen wurden. Die Aufforderung, man solle in Deutschland doch bitte tolerant gegenüber Männern, heterosexuellen Menschen oder gegenüber Christ*innen sein, würde ein wenig komisch wirken. Anders hört sich das Toleranzgebot an, wenn es heißt, man solle bitte Frauen auch als Chefin aushalten, homosexuelle Paare, Kippa- und Kopftuchträger*innen auf der Straße nicht beleidigen oder eine Trans-Person beim Bewerbungsgespräch nicht gleich ausschließen.

Mehr oder minder machen die Rechten gegen das Toleranzgebot mobil. Dabei erinnern sie in ihrem Parteiprogramm und ihrer Agitation durchaus an die politischen Gründe, warum es dem deutschen Staat früher durchaus sinnvoll erschien, die angesprochenen gesellschaftlichen Gruppen gesetzlich zu diskriminieren.¹⁷

In der Entgegnung seitens der Kanzlerin sowie fast aller anderen Kritiker*innen der AfD werden diese politischen Gründe nicht kritisiert – was kein Wunder ist, würde das doch ein recht schlechtes Licht auf den Zwangszusammenhang Deutschland werfen. Stattdessen wird mit dem Hinweis, dass man jetzt in einer anderen Zeit lebe, das Ganze methodisch eingeordnet: Ihr könnt eure Abneigungen behalten, nur dürft ihr sie nicht praktisch werden lassen.

Die außerparlamentarische Linke macht mobil: #unteilbar

»#unteilbar – Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung!

Es findet eine dramatische politische Verschiebung statt: Rassismus und Menschenverachtung werden gesellschaftsfähig. Was gestern noch undenkbar war und als unsagbar galt, ist kurz darauf Realität. Humanität und Menschenrechte, Religionsfreiheit und Rechtsstaat werden offen angegriffen. Es ist ein Angriff, der uns allen gilt.«¹⁸

Eine dramatische politische Verschiebung findet unbestreitbar statt. Fraglich ist aber, ob die im #unteilbar-Aufruf gut benannt ist. Rassismus war in der BRD immer schon gesellschaftsfähig, und undenkbar und unsagbar war er beileibe nicht. Man kann aber feststellen, dass seit einigen Jahren der überwiegende Teil der politischen Klasse einen expliziten Rassismus nicht mehr wollte, weil der als Integrationshindernis ausgemacht wurde. In der Bevölkerung oder in der BILD-Zeitung hatte der Rassismus – sei er abstammungsmäßig oder kulturbezogen begründet – dagegen immer seinen Platz, nur eben nicht als zentrales Dauerthema. Was gerade stattfindet ist eine erneute oder besser gesagt eine erweiterte Politisierung des Rassismus, der Homophobie und des Antifeminismus. Politisch war das ja vorher schon. Jetzt tritt mit diesen Standpunkten aber erstens eine relativ erfolgreiche Partei explizit an – und parallel halten es viele in der Gesellschaft für notwendig, die Standpunkte im Alltag, am Arbeitsplatz usw. offen und lautstark zu vertreten. Wenn das vorher nicht explizit und massenhaft gemacht wurde, dann doch nicht, weil die Leute sich nicht getraut haben, sondern weil sie das politisch nicht wichtig fanden. Das ist jetzt anders, wo der Standpunkt Einzug hält, dass eine umfassende »Krise des Volkes« und damit der Nation überhaupt vorhanden wäre.

Die Feindschaft der AfD gegen bestimmte Gruppen ist von #unteilbar mit dem Begriff »Menschenverachtung« ganz schlecht getroffen. Dieser kündigt – ähnlich wie bei dem Merkelschen Toleranzgebot – eine entpolitisierte, formalistische Kritik an der AfD an. Er greift die AfD nicht dort an, wo ihre Gründe für die Ablehnung bestimmter Gruppen (Feministinnen, Homosexuelle, ›Fremde‹) liegen, sondern auf einer völlig abstrakten

Ebene: sie würden einfach Menschen verachten. So müsste man dann allerdings konsequenterweise jede Partei und Strömung von links bis rechts als menschenverachtend bezeichnen, die irgendeine, wie auch immer geartete gesellschaftliche Gruppe (z.B. Pädophile, Vielflieger, Salafist, Nazi oder Mafia) ablehnt. Die Kritik an den Rechten, dass sie menschenverachtend seien (sozialwissenschaftlich »gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« genannt) verdankt sich der Berufung auf die Menschenrechte. Und da macht #unteilbar denselben Fehler wie die Rechten: Beide Seiten halten die Menschenrechte für einen einseitigen Schutztitel der Bürger*innen gegen den Staat.

Die Rechten sehen das Gemeinwesen kaputt gehen und verlangen eine deutliche Unterordnung des Privatinteresses der Bürger*innen unter das Allgemeinwohl. Sie wollen, dass die staatliche Gewalt diese Unterordnung durchsetzt, und dafür soll sie sich der Fesseln entledigen, die sie bislang binden. So kommt für die Rechten z.B. ein Asylrecht höchstens als unverbindlicher Gnadenakt des Staates in Frage, niemals aber als eine Verpflichtung des Staates gegenüber ihm vorgelagerten Menschenrechten. Sie sehen in den unveräußerlichen Menschenrechten irrigerweise eine Schwächung der staatlichen Gewalt und entdecken darin nur, dass der private Bürger oder gar der Ausländer den Staat, und damit die Gemeinschaft, glatt ausnützen könnte. Statt die Bürger*innen an die Pflicht zum Dienst am Gemeinwesen zu erinnern, würden die Menschenrechte nur den Staat in die Pflicht nehmen, und das kann für die Rechten nicht sein.

Dass die Menschenrechte vor allem den Staat zugunsten des privaten Bürgers in die Pflicht nehmen, sieht #unteilbar genauso, entdeckt darin aber etwas Positives. #unteilbar nimmt den Kampf jetzt auf und organisiert eine Volksfront zur Verteidigung der Menschenrechte und der Demokratie. Gegen autoritäre Lösungen halten sie die Menschenrechte hoch, gegen die Pflicht des Einzelnen die Pflicht des Staates – als wenn das Gegensätze wären. Unter diesem Banner versammelt #unteilbar die Zivilgesellschaft und postuliert dabei ein Gegen-Wir zur AfD.

Objektiv sind die Menschenrechte dem Staat nicht vorgelagert. Sie sind eine Selbstverpflichtung des Staates: Er selbst bindet seine Institutionen und Staatsagent*innen daran, in der alltäglichen Politik bestimmte Grundsätze nicht leichtfertig zu übergehen – dafür steht das Prädikat »unveräußerlich« bei den Menschenrechten. Die Menschenrechte (insbesondere Freiheit und Privateigentum) sind ein Mittel der staatlichen Macht eine Gesellschaft einzurichten und aufrechtzuerhalten, die dazu dienen soll, dass der Privatneid vermehrt wird (was natürlich eine bleibende Armut der Arbeiterklasse einschließt). Davon lebt der moderne Staat und daraus zieht er seine Macht. Dass die Menschenrechte ein Instrument des Staates sind, davon zeugen letztlich auch die Schlussbestimmung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Artikel 29) oder der Grundgesetzartikel 18. Mit aller Deutlichkeit steht da, dass die staatliche Ordnung eine prinzipielle Pflicht der Bürger*innen für die staatliche Ordnung einfordert – sonst hat es sich mit den Menschenrechten.

»Artikel 29 (Grundpflichten)

1. Jeder hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die freie und volle Entfaltung seiner Persönlichkeit möglich ist.

2. Jeder ist bei der Ausübung seiner Rechte und Freiheiten nur den Beschränkungen unterworfen, die das Gesetz ausschließlich zu dem Zweck vorsieht, die Anerkennung und Achtung der Rechte und Freiheiten anderer zu sichern und den gerechten Anforderungen der Moral, der öffentlichen Ordnung und des allgemeinen Wohles in einer demokratischen Gesellschaft zu genügen.«

GG Art.18: »Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verliert diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.«

#unteilbar vermeidet in ihrem Kampf für die demokratische Herrschaft dabei einerseits, dieses ›Wir‹ nationalstaatlich zu definieren. Die Bündnispartner sind überwiegend deutsche Vereine, nicht-deutsche Initiativen sind aber explizit willkommen. Dass die Berufung auf nationale Identitäten ihren Kampf spalten könnte, versucht sie zu umgehen, indem sie gleich alle Nationalflaggen auf ihrer Demo in Dresden untersagt. Auf der anderen Seite geht sie in ihrem Willen, möglichst viele Initiativen hinter sich zu bringen, das Thema nationale Identität auch nicht an. So kann jeder sich so seines dabei denken und mit demonstrieren. Hochrangige Berufsnationalist*innen (also Politiker*innen) von der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken nehmen an den Demos teil und stellen sich hinter die Initiative. Und ein angesehener Unterhaltungskünstler, der auf der ersten Demo gespielt hat, sagt den Leuten:

»Wir sind ein sehr, sehr junges, zerbrechliches Land und wir haben uns unsere Freiheit über Jahre sorgsam gemeinsam erarbeitet. Sie ist nicht selbstverständlich oder in Stein gemeißelt. (...) Wir stehen auf dem Prüfstand und es gilt viel zu verteidigen. Niemand ist deutscher als andere, es gibt nicht das Deutschland, sondern es gibt Millionen Deutschlands. Und das ist die untrennbare Schönheit dieses Landes.«¹⁹

So gerät diese Initiative gegen Rechts dann doch zum Baukasten einer alternativen nationalen Identität. Sie schwört ihre Mitstreiter*innen auf diese Republik ein, definiert sich ein alternatives Vaterland mit einer alternativen vorstaatlichen Identität. Lauter Menschen, die sich in der BRD selbst verwirklichen wollen und sich dafür jetzt gemeinsam um den Staat und seine Gesellschaft Sorgen machen und sich für sie einsetzen wollen.

Dabei schwankt das Bündnis. Einerseits bietet es Leuten eine Bühne zum Mitmachen, die mit der BRD eigentlich zufrieden sind und nur die AfD nicht wollen. Andererseits will die Initiative die derzeitige BRD auch nicht einfach gut finden. Dass die Demokrat*innen aus den etablierten Parteien Flüchtlinge drangsaliieren und abschieben und dass sie verschärfte Sicherheits- und Polizeigesetze erlassen, ordnen sie einem rechten Trend zu, den sie ablehnen. In der sozialen Frage ist #unteilbar sehr unzufrieden mit dem Status Quo:

»Die zentrale Botschaft der #unteilbar-Demo lautete: Wir lassen nicht zu, dass Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausgespielt werden. Wir halten dagegen, wenn Grund- und Freiheitsrechte weiter eingeschränkt werden sollen. Wir kämpfen gemeinsam gegen Rassismus und Diskriminierung. Unsere Vielfalt ist unsere Stärke. Wir stehen #unteilbar für Gleichheit und soziale Rechte. (...) Eine Politik, die sich weiterhin an das Dogma der freien Märkte und des grenzenlosen Wachstums klammert und die Frage nach gerechter Verteilung nicht mitdenkt, legitimiert Ungleichheiten und bereitet den Weg für autoritäre Lösungen. Der Kampf für gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle und die Kämpfe für Freiheit und Gleichheit sind #unteilbar, und zwar überall.«²⁰

Sowohl gegen Ausschlüsse von Ausländer*innen (oder als solche betrachteten) als auch gegen Armut soll sich ihr Engagement richten. Sie lehnen ein gegeneinander Auspielen von Sozialstaat, Flucht und Migration ab, wie Rechte es gern tun, indem diese soziale in nationale Fragen verwandeln. Für die Rechten ist es ein Skandal, wenn Deutsche in Armut leben und gleichzeitig Flüchtlinge staatliche Unterstützung erhalten. Diesem Gegensatz hält #unteilbar entgegen, dass man sich sowohl gegen die Verschlechterung sozialer Lagen als auch gegen eine restriktivere Flüchtlingspolitik einsetzen muss. Insofern unterscheidet sich das Bündnis auch von dem anderen linken Bündnisversuch #aufstehen.

Mit der Diagnose, dass Armut zum Wunsch nach autoritären Lösungen führe, macht #unteilbar zugleich den oben schon kritisierten Fehler von #aufstehen und der SPD. Davon, dass Leute arm sind und ihre Armut nicht mehr aushalten, führt sie eben kein direkter Weg zu einem rechten Standpunkt. Um von ihrer Armut bei einer rechten Sichtweise zu landen, müssen sie schon all die Zwischenschritte mitmachen: dass das Allgemeinwohl vor dem Einzelinteresse gelten muss; dass der Dienst am Allgemeinen dann auch eine gerechte Teilhabe ermöglichen müsse; dass, wenn diese Teilhabe ausbleibt, nicht das Allgemeinwesen (Kapitalismus und Staat) scheiße ist, sondern das Allgemeinwesen einfach nur nicht gut funktioniert, weil Einzelne (von Banker*innen, Immobilien- Konzerne, Unternehmen, Politiker*innen bis hin zu Arbeitslosen oder Gewerkschaften) sich zu viel herausnehmen würden gegenüber dem Gemeinwesen usw. usf.. Nur wer diese Schritte gedanklich macht – und das tun viele Leute im normalen demokratischen Betrieb auch – ist offen dafür, die Armut mit einem Mangel an staatlicher Gewalt und an Pflichterfüllung zu erklären.

Nebenbei: An dieser Stelle fällt auf, dass auch linke Initiativen mehr staatliches Durchgreifen gegen Einzelinteressen fordern, z.B. in der Kampagne Deutsche Wohnen & Co enteignen. Diese Forderung von rechts und links unterscheidet sich aber einerseits im Ausgangspunkt: Linke Initiativen stören sich tatsächlich an massenhafter Armut und wollen diese abmildern. Rechte haben als Ausgangspunkt gleich das deutsche Gemeinwesen (oder gleich den Staat) zum Objekt ihrer Sorge. Linke wollen dann in der Regel auch nicht einfach allgemein mehr Gewalt und Pflicht, sondern staatliche Härte gegenüber bestimmten Gruppen (z.B. Immobilien-Kapital). Bei den Rechten dagegen geht es schon um einen allgemeinen Wunsch nach mehr Law & Order und generelle Härte im Durchgreifen des Staates. Der Grad zwischen rechts und links ist hier aber manchmal schmal, und das ist dann auch der inhaltliche Grund, warum manche Linke plötzlich den Sprung ins rechte Lager machen oder Anhänger*innen einer Querfront werden.

Bleibt zum Schluss noch festzuhalten: Im Grunde will das #unteilbar-Bündnis, das 2018 relativ spontan entstanden ist, rechte Menschen oder solche, die auf dem Sprung nach Rechts stehen, nicht kritisieren und damit von anderen politischen Standpunkten überzeugen. Die Demos sollen vielmehr diejenigen versammeln und aktivieren, die eh gegen Rechts sind – ihnen soll Mut gemacht werden, dass sie nicht alleine stehen angesichts zunehmender Anfeindungen im Alltag oder politischer Drangsalierungen durch diejenigen Regierungsentscheidungen, die dem rechten Ansinnen etwas entgegenkommen. In dieser Hinsicht ist #unteilbar ein Mittel im Abwehrkampf diverser Gruppen und Organisationen. Dieses Mittel taugt in einer anderen Hinsicht nichts: Irgendwie scheinen die Rechten ja zusehends normale Demokrat*innen zu überzeugen reihenweise bei ihnen das Wahlkreuz zu setzen. Dagegen bietet #unteilbar keine Gegenargumente an, sondern setzt einfach eine andere Haltung und einen anderen Wert dagegen: »Solidarität statt Ausgrenzung!« Dahinter viele Menschen zu versammeln, ist ihr ganzer Kampf gegen Rechts.

Die AfD beansprucht das politmoralische Empfinden (»gesunder Menschenverstand«) der Mehrheitsbevölkerung zu vertreten und behauptet, dass sich in der Politik nur lautstarke Minderheiten breit machen würden. Gegen diese Behauptung wird in der bürgerlichen bis linken Zivilgesellschaft mit den Slogans »Wir sind mehr« oder »Ganz Berlin hasst die AfD« vorgegangen: Das stimme gar nicht, schließlich sei man mehr, was sich an den großen Demos und Konzerten gegen Rechts zeige. Der Verweis auf die Mehrheit soll die Rechten argumentlos ins Unrecht setzen. Das ist sehr demokratisch gedacht: Wer die Mehrheit hat, gibt – per demokratischem Verfahren legitim – den Ton an. Als wäre Macht haben dasselbe wie Recht haben. Und als würde die Masse an Zustimmung zu einem politischen Standpunkt etwas über dessen Vernünftigkeit aussagen. So gesehen kann man gegen den deutschen Faschismus des NS, zu dessen Ansichten die AfD doch eine gefährliche Nähe haben soll, gar nichts einwenden – bei dem Engagement und Rückhalt, den er in seinem Volk genoss. Uns ist klar, dass die Demonstrant*innen das nicht mitmachen würden – sie kennen schon noch andere Gründe gegen die AfD. Uns geht es hier aber um die Logik, mit der hier gegen die AfD argumentiert wird, und die ist verkehrt.

»Die rechte Alternative bringt den Staat in die Krise.«

In den Augen der AfD hat die Politik ganz generell das Nationale aus den Augen verloren: Sie zerstört die Volkssubstanz durch die Verordnung von Koexistenz mit ›Fremden‹, und durch die Förderung liberaler Sitten zerstört sie die nationale Moral. In der Außenpolitik kommt die AfD zu einer ähnlichen Diagnose. Mit der EU habe sich Deutschland in eine Institution begeben, in der teils Entscheidungen getroffen werden, die nicht ohne Weiteres durch deutschen Parlamentsbeschluss abgelehnt werden können. Darin entdeckt die AfD nicht von Fall zu Fall den einen oder anderen politischen Nachteil für Deutschland, sondern gleich die Abkehr vom nationalen Standpunkt überhaupt. Der Staat, das entscheidende Mittel der Volksgemeinschaft, dient in der Vorstellung der AfD damit nicht mehr dem Volk, sondern zunehmend dubiosen globalen – also ausländischen – Interessen.

Überall, wo die AfD in internationalen Institutionen wie der EU das Nationale ausverkauft sieht, hält die aktuelle politische Führung dagegen: die EU braucht es gerade für den deutschen Erfolg. Damit offenbart sie wieder eine prinzipielle Gemeinsamkeit mit der AfD: Sowohl in der Gefahreinschätzung – Deutschland drohe die nationale Bedeutungslosigkeit innerhalb der »Großmächtekonkurrenz zwischen den USA, Russland und China«²¹ – als auch in der Zielsetzung – Deutschland muss sich verstärkt selbst behaupten – ist sich die Bundesregierung mit der AfD einig. Die Uneinigkeit beginnt bei der Wahl der Mittel, mit denen die internationale Weltgeltung beansprucht und ausgebaut werden soll: Ohne die EU geht das für die Vertreter*innen der bisherigen deutschen Staatsraison nicht, die Anderen halten gerade die EU für Deutschland für schädlich.

Und angesichts der Kampfansage Donald Trumps, sich nunmehr ausschließlich dem Recht der USA auf Überlegenheit anstatt den internationalen Regelwerken verpflichtet zu fühlen, schwenken auch die Regierenden in Germany ein Stück weit um: »Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, sind ein Stück weit vorbei.«²² Damit kündigen sie an, künftig eigenständiger für ihre Souveränität bzw. die Sicherung ihrer weltweiten Interessen sorgen zu wollen: »Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in die eigene Hand nehmen.«²³ Insofern sind die AfD mit ihren Vorwürfen des Souveränitätsverlusts und die etablierten Parteien mit ihrem Bestehen auf dem EU-Bündnis auch wiederum nicht so feindliche Schwestern. Mit der Krisendiagnose der wackelnden Weltordnung geben die etablierten Parteien den Bürger*innen ständig Futter für den Sprung nach Rechts. In dem Maße, wie diese Krisendiagnose zugespitzt wird, feuern sie den Gegensatz zu den Rechten zugleich an: Wenn die Regierungsparteien mehr Europa wollen, weil Deutschland sonst bedeutungslos wird in der Welt, entdecken die Rechten genau in dem mehr Europa die zunehmende Bedeutungslosigkeit des deutschen Standpunkts.

Ein Fazit: *Demokrat*innen können Faschist*innen nicht kritisieren*

Der Kampf gegen Rechts, wie er derzeit von bürgerlicher Politik, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft geführt wird, geht immer zielsicher am Kern des rechten Standpunktes vorbei. Demokrat*innen können Faschist*innen nicht kritisieren, weil sie einfach zu viele politische Grundlagen mit ihnen teilen.

Der rechte Nationalismus fordert den Abstand zu ›Fremden‹, die Betonung des Nationalen, die Pflicht nach innen und den Erfolg Deutschlands nach außen, also insgesamt einen starken Staat. All das ist Demokrat*innen nicht fremd: Eine konsequente Kritik an Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit oder autoritärem Wertewandel, oder einem nach außen durchsetzungsfähigen Staat, würde ihre eigenen politischen Zielsetzungen infrage stellen. Daher unser doppelter Schluss: Erstens: Der Kampf gegen Rechts gelingt nur, wenn den Leuten die Einheit madig gemacht wird, auf deren Erfolg sie alle bestehen: die Nation. Sie ist keine pfiffige Art und Weise der Arbeitsteilung, die allen einfach fortlaufend ein sicheres und zunehmend angenehmes Leben verschafft. Im Gegenteil: Systematisch schafft sie für die Lohnabhängigen nur eine prekäre Lebensweise und die ungeheuren Produktivkraftfortschritte münzen sich für sie nie in mehr Freizeit um. Der Staat wiederum ist mit seiner sozialstaatlichen Abteilung

keine Hilfe zur Beseitigung der Existenzangst, sondern begleitet die Marktwirtschaft, damit ihre systematische Massenarmut funktional für die gesamtgesellschaftliche Reichtumsvermehrung bleibt. Daher unterscheiden sich die Argumente gegen Rechts auch nicht von den Argumenten gegen die bürgerliche Gesellschaft überhaupt.

Zweitens: Wenn sehr Rechte oder Faschist*innen an die Macht kommen, wird das Leben auf jeden Fall deutlich härter – ein guter Grund, gegen sie zu sein. Das Leben in der bürgerlichen Gesellschaft ist aber für sich schon hart genug und ist systematisch schädlich für die meisten darin lebenden Menschen. Ein guter Grund gegen Kapitalismus und die bürgerliche Herrschaft, die ihn einrichtet und pflegt, zu sein.

Ein gegeneinander Ausspielen von Kritik an Faschist*innen und Demokrat*innen ist aufgrund ihrer gemeinsamen politischen Grundlagen also so oder so nicht angebracht.

Die Kritik an Kapital und Nation ist wirklich mal unteilbar.

DAS BEMÜHEN DER VOLKSPARTEIEN

um die Einheit mit dem Volk

Die AfD lehnt die von ihr so genannten »Systemparteien« als Verräter am Nationalen ab. Dafür erhält sie großen Zuspruch aus der Bevölkerung. Die etablierten Parteien – besorgt um die Fortführung ihrer Staatsraison – fragen sich angesichts dessen, was sie falsch gemacht haben. Sie sind es gewohnt, dass sie Zustimmung und Wählerstimmen erhalten, und nun beginnt eine im Grunde »unwählbare Partei« tatsächlich Fuß zu fassen. Die etablierten Parteien betrachten die AfD – anders als andere Oppositionsparteien – nicht als legitime Alternative zu sich selbst, sondern als Angriff auf sich und das demokratische System. Dementsprechend bilden nicht nur die Regierungs-, sondern sämtliche Parteien einen Quasi-Block gegen die AfD.

Sicher: Die AfD will auch nichts mit den »Systemparteien« zu tun haben, kritisiert sie auch nicht bloß dafür, die Staatsgeschäfte unverantwortlich, unfähig, zu unentschlossen o.ä. zu führen. Sondern sie wirft ihnen vor, überhaupt jede Verpflichtung gegenüber Volk und Land verraten zu haben. Damit stellt die AfD die jahrzehntelange Staatsraison Deutschlands grundsätzlich infrage, und deshalb wird sie von den etablierten Parteien als fundamentale Gegnerin behandelt. Daraus kann man etwas über die Demokratie lernen: In der Demokratie ist die Opposition offensichtlich nicht dafür vorgesehen, alle möglichen politischen Konzepte oder Ideen als Alternativen zum Aktuellen vorzuschlagen. Stattdessen werden sich die »verantwortungsvollen« Parteien einig, dass bestimmte Parteien generell nicht (mit) an die Macht dürfen. So werden einige Koalitionspartner aus Prinzip von vornherein ausgeschlossen – ein Verfahren, das auch schon mal die Grünen und die Linkspartei erfahren haben (bei der Linkspartei beharrt die CDU/CSU bis heute darauf). In der

bürgerlichen Demokratietheorie wird sonst eher ein Bild verbreitet, nach dem Interessen und Unzufriedenheiten in der Bevölkerung durch Parteien gebündelt würden und dann durch Kompromisse der Parteien das Staatshandeln entstehe. Jetzt gibt es aktuell eine bestimmte Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung und die münzt sich in Stimmengewinne für die AfD um; und die anderen Parteien beschließen, dass die AfD keine Mitmacherrolle im Staatshandeln bekommen soll. Die Staatsraison durchzusetzen hat also einen höheren Wert für sie als irgendein Kompromiss entlang der Unzufriedenheiten in Teilen der Wählerschaft. Daher kann man sich schon fragen, ob die Demokratie nicht einen umgekehrten Zweck hat: Die Parteien haben nicht einfach die Aufgabe, Interessen und Unzufriedenheiten in der Bevölkerung in das Staatshandeln umzusetzen, sondern die Interessen und Unzufriedenheiten immer wieder auf die Staatsraison zu verpflichten.

So verhalten sich auf jeden Fall die etablierten Parteien, wenn sie auf dem Standpunkt stehen, dass nur ihnen die Wählerstimmen zustehen und die AfD eine quasi unzulässige, eben »unwählbare« Konkurrenz darstellt. In diesem Geiste befassen sich die etablierten Parteien dann mit der »Entfremdung« von Teilen des Volkes von sich. Sie erteilen sich den Auftrag, die abdriftenden Volksteile wieder zurückzuholen, um dadurch die Einheit von Volk und Führung in Deutschland wieder herstellen. Das patriotische Bedürfnis nach nationaler Identität, das sich rund um die AfD so unzufrieden zu Wort und Tat meldet, wird dabei sachgemäß keiner kritischen Betrachtung unterzogen – soll es doch genau um die Wiederherstellung der nationalen Einheit gehen.¹

Kompliziertere »Lösungen«!

Man kennt es: Politiker*innen etablierter Parteien sortieren viele Forderungen der AfD (wie die nach der rigorosen Ausgrenzung von Migrant*innen oder der Abschaffung von EU-Regularien) als – für so ein Volk – verständliche »einfache Lösung« ein. Wer so auf Forderungen der AfD reagiert, macht im ersten Schritt vor allem eins: Man erkennt die von der AfD aufgeworfenen »Problemlagen« durchaus als berechtigt an. Im zweiten Schritt wird damit gesagt, dass sich die Lage aber viel komplizierter darstelle, als die AfD das sehen wolle. Schließlich stehe Deutschland in vielen internationalen Verflechtungen und habe seinerseits auch Pflichten gegenüber Partnern einzuhalten. Rechte werden so an »der Realität«, deren »Komplexität« sie nicht kapierten, blamiert – das kennt man auch von früher gegenüber »weltfremden« linken Idealisten. Eine Kritik an den »Problemlagen«, die die Rechten sehen, ist das nicht.

Die etablierten Parteien kreiden der AfD mit dieser Sorte »Kritik« an, dass sie ihre Forderungen nicht an der Staatsraison – das heißt den geltenden politischen Maßstäben der deutschen »Realität« – relativieren. Das lässt sie in deren Augen und auch in den Augen vieler Medien als blöd und inkompetent dastehen. Das, was die Rechten an Kritik äußern, wird so nur methodisch zurückgewiesen und auf die Unterscheidungsebene von »dumm« und »intelligent« gehoben. Damit wird der nach rechts abgedriftete Wähler sehr eigentümlich angesprochen und umgarnt:

Einerseits – das wird dem Wähler schon mitgeteilt – zeigt sich an dessen Offenheit für einfache Lösungen schon auch, wie sehr er sich um die Nation sorgt, womit er als potentiell verantwortungsvoller Mensch gelten darf. Andererseits lässt er sich aber auch wieder viel zu leicht von Populist*innen verführen, was dann seine Dummheit und Inkompetenz anzeigt. In der Agitation um diese Wähler*innen wird jetzt die Dummheit der AfD von der Dummheit der Wähler*innen getrennt. Parteien, die anführen sollten, zeichnen sich durch das Verständnis der komplexen Realität aus. Die anderen Parteien sind dann vergleichsweise inkompetent. Vernünftige Wähler*innen misstrauen einfachen Lösungen, gerade wenn sie so ansprechend sind. Sie haben ein begründetes Misstrauen gegen sich selbst und wollen daher eine Führung, die die Komplexität der Realität besser versteht als sie selbst – und so für sie das Beste rausholt. Mit diesem Lob und dieser Kritik legen Politiker*innen der abdriftenden Wählerschaft die Frage vor, ob sie wirklich so doof sein will, auf die blöden Rechten reinzufallen oder nicht doch viel vernünftiger die Politik einer kompetenten Führung überlassen will.

Die Rede von den einfachen Lösungen, die im Volk ankommen, aber niemals die Politik bestimmen dürfen, schnürt sich also zusammen auf eine Agitation der etablierten Parteien für die korrekte Rollenverteilung in der Demokratie: Den Profis in der Politik sollte das Volk Vertrauen schenken, dass sie für Deutschlands Erfolg das Beste rausholen.

»Die Leute wählen die AfD nur aus Protest!«

Die etablierten Parteien setzen die Werbung für sich als kompetente Führung und für die richtige Rollenverteilung in der Demokratie in der Deutung der AfD-Wahlerfolge als »Protest« fort. Damit behaupten sie, dass AfD-Wähler*innen eigentlich gar nicht der AfD zustimmen. Sie fingieren sich so als den eigentlichen Adressaten der Wahlentscheidungen, indem sie das Kreuz, das auf dem Wahlzettel bei der AfD gemacht wurde, als Denkzettel an sich selbst interpretieren. Damit ist eine selbstbewusste Aussage gemacht: Die etablierten Parteien bestehen auf ihrer exklusiven Zuständigkeit für's Regierungsgeschäft.

So viel ist ja dran an der Interpretation des AfD-Wählens als Protest: Unzufrieden sind die AfD-Wähler*innen ja tatsächlich. Aber ihre Unzufriedenheit wird schon so gelagert sein, dass sie dafür die AfD für eine gute Ansprechpartnerin halten – die Stimmen werden ja nicht einer x-beliebigen Oppositionspartei gegeben. Welchem Protest Leute mit so einem Wahlkreuz Ausdruck verleihen wollen, und was sie an der AfD gut finden, wollen die Volksparteien mit dieser Einordnung jedoch nicht klären.²

Mit der Denkzettel-Interpretation der Wahlergebnisse ist eine weitere Aussage gemacht: Wer bestreitet, dass AfD-Wähler*innen überhaupt das politische Programm der AfD gut finden und sich selber als eigentlicher Adressat behauptet, der hat ja selber etwas falsch gemacht. Die Volksparteien werden deswegen selbstkritisch in dem Sinne, dass sie nicht gut geführt und damit die Einheit von Volk und Regierung gefährdet hätten. Im Grunde werfen sie sich vor, sich auf dem Verhältnis von Führung und Volk, das sie jetzt wieder herstellen wollen, in der Vergangenheit zu sehr ausgehört zu haben. Das soll jetzt ausgebügelt werden:

»Wir haben mit den Menschen falsch kommuniziert«

Die Abstraktion vom konkreten Inhalt, warum Leute die AfD gut finden und sie wählen, führt zur abstrakten Diagnose der »Politik(er)verdrossenheit«. Dementsprechend allgemein und methodisch fällt die Selbstkritik aus: »Wir haben unsere Politik zu wenig erklärt«. In dieser Selbstkritik ist unterstellt, dass die konkrete Politik schon richtig, alleine die Kommunikation zum Volk mangelhaft war. Die Volksparteien wollen jetzt aber nicht damit anfangen, schlüssiger, genauer oder mit weniger Voraussetzungen ihre Sozialstaatsreformen, Krisenpolitik oder Einwanderungs- und Asylpolitik zu erklären. Sie werfen sich damit vielmehr vor, in der Vergangenheit beim Regieren über das Volk dem Volk zu wenig das Gefühl vermittelt zu haben, dass sie die Politik doch für das Volk machen.³ Entsprechend abstrakt fällt das »vermehrte Erklären« der Politik aus:

Die Politik habe entweder die »guten Gründe« für ihre Beschlüsse zu wenig ausgeführt, also den deutschen Nutzen zu wenig herausgestrichen. Oder sie habe deren unabweisbare »Notwendigkeit«, die angesichts irgendeiner »Herausforderung« oder gleich eines »Sachzwanges« entstanden sei, nicht genug betont.

Der Agitation der AfD für mehr selbstbewussten Nationalismus, die bei einem guten Teil der Wähler*innen sehr gut ankommt, stellen die Volksparteien jetzt die »verbesserte« Präsentation der bisherigen Politik als selbstbewussten Nationalismus entgegen. Wenn man die Lage in dieser Weise nur richtig »versteh«t, erübrige sich die »Ferne« zur Politik schon.

»Wir haben den Menschen zu wenig zugehört«

Die Politik hat im Selbstverständnis der Volksparteien die Aufgabe, Sachen so zu Deutschlands Bestem zu regeln, wie es ein normaler Mensch des Volkes nie hinbekommen kann; und zugleich hat sie die Aufgabe, das Volk dabei so mitzunehmen, dass es der Führung vertraut. Neben der »verunglückten« Kommunikation, geben Politiker*innen selbstkritisch dem Volksurteil, dass die Politik zu abgehoben sei, dann so recht: die Politik habe dem Volk zu wenig zugehört und zu wenig Verständnis für die Schwierigkeiten bei der Lebensbewältigung aufgebracht, deren Umstände sich ja auch so schnell veränderten. Wer da überhaupt welche Umstände ändert, und ob die »Schwierigkeiten« beispielsweise im Wegfall bisheriger Einkommensgrundlagen im Zuge einer Systemtransformation (Auflösung der DDR) oder einer beschlossenen, voranzutreibenden »Digitalisierung« bestehen, oder in der »Zumutung«, glatt andere Hautfarben und »Sitten« mit ansehen zu müssen, wird hier gar nicht unterschieden.

Stattdessen wird an der Selbstdarstellung der Politiker*innen gegenüber dem Wahlvolk gefeilt, wenn es heißt »die Menschen verstehen«. Hochrangige Politiker*innen nehmen sehr ernst an Bürgergesprächen teil und hören da auch mal demonstrativ nur zu. Sie lassen sich auf Volksfesten sehen und halten Reden, die in ihrer Lockerheit und mit einer Portion schlechtem Geschmack zeigen sollen: »Auch wir sind Menschen, wie du.«

Das stimmt natürlich nicht, schließlich stehen sie ja über den Regierten, sie regieren diese – sie sind natürlich nicht auf Augenhöhe mit ihnen. Und dass das im Prinzip so bleiben soll, ist ja für alle Beteiligten klar. Die Wähler*innen verlangen von der Politik Durchblick und die Volksnähe als Beweis dafür, dass sie der Politik vertrauen können, auch wirklich nur Deutschlands Interessen zu verfolgen. Und die Politiker*innen treten diesen Beweis gerne an, damit das Volk ihnen für das nötige Durchregieren Vertrauen schenkt.

»Wir haben verstanden!«

Die regierenden Parteien zeigen ihre Einigkeit mit der als berechtigt eingestuften Kritik »von unten« – z.B. à la AfD – zu guter Letzt auch ganz praktisch. Jede Partei gibt dabei die von ihr (mitunter aus ganz eigenen Gründen) beschlossenen Maßnahmen als Antwort auf die Kritik aus, als die sie den rechten Protest interpretiert – und sich selbst so den Auftrag zum Weitermachen: CDU und CSU präsentieren eine restriktivere Asylgesetzgebung als Eingehen auf die »völkischen Zumutbarkeitsgrenzen«, die SPD will der als Sozialprotest gedeuteten rechten Unzufriedenheit mit einer Reihe bescheidener Verbesserungen beweisen, dass sie noch sozialdemokratische Politik kann. Beschlüsse, die so eingeordnet werden, sollen die Wahl der AfD überflüssig machen. Indem sie als Alternative zu rechten Konsequenzen auf rechte »Bauchschmerzen« präsentiert werden, zeigt sich wieder einmal, wie schmal der Grad zwischen demokratischen Parteien und rechten Standpunkten ist.

Falsche Kritik zur rechten Zeit

¹ <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/19/19014.pdf> S.1189, eingesehen am 18.08.2019

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Rede im Bundestag am 06.06.2019, siehe Eintrag auf Facebook vom 07.06.2019:

<https://de-de.facebook.com/juergen.trittin>; eingesehen am 25.06.2019

⁵ #aufstehen Mitinitiator Andreas Nölke in einem Interview mit dem Freitag 36/2018

⁶ Wagenknecht in einem Interview in Neues Deutschland am 21.03.2018

⁷ #aufstehen Mitinitiator Andreas Nölke in einem Interview mit dem Freitag 36/2018

⁸ Zur Kritik des Deutsch-Seins als vorteilhaftes Privileg, siehe »Von Schland nach Gauland«, S. 4ff.

⁹ #aufstehen Mitinitiator Andreas Nölke in einem Interview mit dem Freitag 36/2018

¹⁰ Wagenknecht in einem Interview in Neues Deutschland am 21.03.2018

¹¹ <https://niedersachsen-mitte.dgb.de/bunt-statt-braun>; eingesehen am 30.01.2020

¹² <http://bunt-ebe.de/?Veranstaltungen/2016>; eingesehen am 30.01.2020.

¹³ Zur Lob der deutschen Gesellschaft als Hort von Vielfalt unter dem Abschnitt »der AfD mangelt es an Werten« mehr.

¹⁴ <https://www.franziska-brantner.de/presse/kinderlosigkeit-geburten-und-familien-kinderbetreuung-vorantreiben/>; eine Pressemitteilung vom 26.07.2017, eingesehen am 28.07.2019

¹⁵ <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/suche/neujahrsansprache-von-bundeskanzlerin-angela-merkel-zum-jahreswechsel-2018-2019-am-montag-31-dezember-2018-in-berlin-1564774>; eingesehen am 28.07.2019

¹⁶ https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id_78999664/angela-merkel-fluechtlinge-sollen-deutsche-werte-achten.html; Merkel auf einer CDU-Wahlkampfveranstaltung im September 2016; eingesehen am 28.07.2019

¹⁷ Siehe dazu den Abschnitt »Deutschsein = Verpflichtung auf die Gemeinschaft« im Text von »Schland nach Gauland«.

¹⁸ <https://www.unteilbar.org/aufwurf/>; eingesehen am 23. Oktober 2019

¹⁹ Herbert Grönemeyer zitiert nach <https://www.tagesschau.de/inland/unteilbar-demonstration-103.html>; eingesehen am 04.09.2019

²⁰ <https://www.unteilbar.org/uber-unteilbar/positionen/unteilbar-2019/>; eingesehen am 04.09.2019

²¹ Außenminister Maas am 11.09.2019; <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-bundestag-haushalt/2246168>; eingesehen am 30.01.2020

²² Kanzlerin Merkel, siehe: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article165008816/Merkel-sieht-in-den-USA-keinen-verlaesslichen-Partner-mehr.html>; eingesehen am 25.08.2019

²³ Ebd.

Das Bemühen der Volksparteien

¹ Während der Text »Falsche Kritik zur rechten Zeit« die »Kritiken« an dem Standpunkt der AfD behandelte, soll dieser Text kurz darauf eingehen, wie die AfD-Wähler*innen von den Volksparteien umgarnt werden. Bei den Grünen und der Linken gibt es teilweise den Übergang, auch diese Wähler*innen ähnlich wie überhaupt die AfD zu kritisieren. Das machen die Volksparteien CDU/CSU und SPD nicht. Die folgenden Punkte beziehen sich vor allem auf diese Parteien, partiell sind sie aber auch bei den Grünen und der Linken zu finden, insbesondere dort, wo sie die Landesväter stell(t)en, also in Baden-Württemberg und Thüringen.

² Selbst wenn sich manche Menschen von der AfD-Wahl ein Signal an die regierenden Parteien versprechen, ohne selbst die umfassende nationale Krisendiagnose der AfD zu teilen: Daran zeigt sich, dass sie den etablierten Parteien in Sachen Ausgrenzung von »Fremden« oder Durchgreifen nach Innen sehr viel zutrauen. Worin sie im übrigen von der Politik angesichts verschärfter Abschiebepolitik und der Ausweitung polizeilicher Befugnisse bestätigt werden.

³ Als Beispiel mag die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Angela Merkel am 21.03.2018 dienen: »Wir wollen dazu beitragen, den leider vorhandenen Eindruck zu überwinden, dass in einer großen Notlage ganz schnell und umstandslos Fremden geholfen wird, die einheimischen Deutschen, die ebenfalls der Hilfe bedürfen, aber zurückstehen müssen.« <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/19/19022.pdf>; S. 1821; eingesehen am 12.02.2020